



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 17.05.2013

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 23. Mai 2013, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 21.03.2013 und 25.04.2013
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **13-F-33-0018**

Hochschule RheinMain zur Stadt hin öffnen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktion von CDU und SPD vom 13.03.2013 -

Mit 10.000 Studierenden und 200 Professoren in 14 Fachbereichen ist die Hochschule RheinMain die zahlenmäßig größte und zugleich traditionsreichste akademische Bildungseinrichtung in Wiesbaden. Derzeit unterhält die Hochschule in Wiesbaden vier Standorte: neben dem Campus am Kurt-Schumacher-Ring die Dependancen Unter den Eichen, Rheinstraße und in der Bleichstraße. In den nächsten drei Jahren werden voraussichtlich 3.600 weitere Studierende aufzunehmen sein. Langfristig beabsichtigt die Hochschule, den Standort am Kurt-Schumacher-Ring zu einem zentralen Hochschulcampus auszubauen. Entsprechende Vorüberlegungen einer hochschulinternen Arbeitsgruppe aus den Fachbereichen Architektur, Städtebau und Verkehrsplanung sind öffentlich vorgestellt worden. Dabei kommt dem Einbezug des Grundstückes der August-Hermann-Francke-Schule, die im Zuge des Aufbaus der Modellregion Inklusion bis 2019 auslaufen wird, zentrale Bedeutung zu.

Vor diesem Hintergrund wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, die Umsetzbarkeit des von der Hochschule RheinMain präferierten Erweiterungskonzepts in Richtung Hollerbornstraße zu prüfen und die Hochschule bei der weiteren Konkretisierung ihres Projektes zu unterstützen.
2. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu klären:
 - >> Ausschluss von Kollisionen mit dem Auslaufen der Francke-Schule
 - >> Bedarf der Hochschule an dem für den beschlossenen Turnhallen-Neubau (Beschluss Nr. 0010 der Stadtverordnetenversammlung vom 07.02.2013) vorgesehenen Teilgrundstück
 - >> Verkehrliche Anbindung des Campus (ÖPNV, Radverkehr, Stellplätze)
 - >> Bedarf an Wohnheimplätzen
3. Sollte für die Entwicklung des Hochschul-Campus das bisher für den Turnhallen-Ersatzbau vorgesehene Teilgrundstück benötigt werden, wird beschlossen:
 - 3.1 Der Magistrat wird gebeten, einen Alternativstandort für die zu errichtende Sporthalle zu benennen. Sollte bis zur Sommerpause kein Alternativstandort gefunden sein, ist die Sporthalle auf dem Grundstück der August-Hermann-Francke-Schule zu errichten.
 - 3.2 Die mit Beschluss Nr. 0010 der Stadtverordnetenversammlung vom 07.02.2013 bereitgestellten Finanzmittel werden für den Sporthallenbau am Alternativstandort verwendet.
 - 3.3 Durch den Abbruch des bereits in Umsetzung befindlichen Projekts ‚Ersatzneubau der Turnhalle August-Hermann-Francke-Schule‘ anfallende Mehrkosten sowie dauerhaft anfallende Folgekosten einer Alternativlösung sind dem Budget des Schuldezernats zuzusetzen.
4. Der Magistrat wird gebeten, im Zuge der AG Flächenentwicklung Standorte für weitere Wohnheime für Studierende zu benennen und sich mit der Hochschule Rhein-Main wegen der Form der Realisierung ins Benehmen zu setzen.
5. Der Magistrat wird gebeten, die Hochschule bei der Umsetzung ihres Radverkehrsprojektes „Wi-Bike“ (Vernetzung der drei Hochschul-Standorte in der Stadt, Bike-Sharing) gemäß Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.03.2013 zu unterstützen.

ANLAGE

5. 13-F-33-0020

Hochschulcampus Moritzstraße entwickeln - ehemaliges Gerichtsviertel beleben
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 13.03.2013 -

Die EBS-Universität für Wirtschaft und Recht und die Hochschule Fresenius haben den grundsätzlichen Willen bekundet, auf dem ehemaligen Gerichtsgelände in der Moritzstraße einen gemeinsamen Hochschulcampus zu entwickeln. Es ist dort beabsichtigt, die Rechtsfakultät der EBS-Universität im denkmalgeschützten Gerichtsgebäude unterzubringen und für die Fachbereiche Wirtschaft und Medien sowie Design der Hochschule Fresenius Neubauten zu errichten. Verschiedene Hochschuleinrichtungen wie z. B. Hörsäle, Bibliothek, Mensa und Tiefgarage sollen gemeinsam genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Überlegungen der Hochschule Fresenius zur Kenntnis, an der Moritzstraße einen gemeinsamen Hochschulcampus mit der European Business School (EBS) zu entwickeln. Mit dem Hinzukommen der Hochschule Fresenius kann der Hochschulstandort Wiesbaden in seiner Vielfalt weiter gestärkt werden. Das angestrebte Ziel, die Revitalisierung dieses Quartiers durch eine Hochschulansiedlung, kann mit dieser Planung sowie der geplanten Schaffung von Studentenwohnungen erreicht werden.
2. Der Magistrat wird gebeten, bei beiden Hochschulen darauf hinzuwirken, dass die bisher in Beschluss Nr. 0252 der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Mai 2009 formulierten städtischen Interessen auch bei der anstehenden Überplanung berücksichtigt werden. Dazu zählen insbesondere die Realisierung eines Bürgersaals sowie ausreichend zusätzliche Tiefgaragenstellplätze für Anwohner und Kurzzeitparker zum Besuch von Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen.
3. Der Magistrat wird gebeten den aktuellen Stand zum Finanzierungskonzept der EBS, als auch zur geplanten Ausfallbürgschaft durch das Land Hessen zu berichten.
4. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie die Vertragsverhältnisse zwischen der EBS, der Hochschule Fresenius und dem Land Hessen ausgestaltet werden sollen und was dies ggf. für Auswirkungen auf den vorhabenbezogenen Bebauungsplan haben wird.
5. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt den Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.03.2013, das Land aufzufordern das Parkplatzgelände des alten Gerichts bis zum Beginn der Bauarbeiten als öffentlichen Parkplatz zur Verfügung zu stellen.

6. 13-F-03-0060

Regiobahn Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.05.2013 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest,

1. dass die Unterlagen zur Einführung einer Regiobahn in Wiesbaden durch die zuständige Dezernentin beim Land Hessen eingereicht wurden und die fachliche Bewertung durch die zuständige Stelle Hessen Mobil nach Mitteilung der Dezernentin positiv abgeschlossen wurde.

2. dass gemäß dem vorliegenden Fax die Ablehnung der Förderung einer Regiobahn in Wiesbaden durch den hessischen Verkehrsministers persönlich, entgegen fachlicher Kriterien, erfolgte und somit ein beispielloser und einmaliger Akt des Eingriffs in laufende Verfahren und die kommunale Planungshoheit bedeutet.

Der Magistrat wird gebeten,

- eine juristische Bewertung der Vorgänge einzuleiten.
- zu berichten, ob folgende, in dem Fax des Ministers Rentsch beschriebene Sachverhalte, den Tatsachen entsprechen:
 - o Trifft es zu, dass von Seiten des Magistrats kein Gespräch mit Land bezüglich der Fördermöglichkeiten gesucht wurde?
 - o Trifft es zu, dass Wiesbaden das Projekt Regiobahn nicht für das GVFK-Bundesprogramm angemeldet hat?

7. 13-F-08-0044

"Stillstand im Gerichtsviertel beheben - Alternativen zur EBS fördern"
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 15.05.2013 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

- dass der jahrelange Leer- und Stillstand im ehemaligen Gerichtsviertel für die Landeshauptstadt Wiesbaden und insbesondere für das betroffene Quartier schädlich ist und schleunigst beendet werden muss,
- dass diese Situation vor allem durch die falsche Orientierung auf die EBS verursacht wurde,
- dass die im Erwartungs- und Vorhabenvertrag festgelegte Frist für die Einreichung eines Bauantrags seitens der EBS seit Monaten verstrichen ist,
- dass aufgrund der im Akteneinsichtsausschuss und durch Medienberichte gewonnenen Erkenntnisse bei einer weiteren Orientierung auf eine (Teil-)Nutzung durch die EBS zusätzlicher Schaden für die Stadt zu erwarten ist,
- dass die EBS, die jährliche Studiengebühren in fünfstelliger Euro-Höhe erhebt, keine Bildungseinrichtung ist, bei der ein chancengleicher Zugang gegeben ist,
- dass zur Errichtung und Sanierung öffentlicher Schulbauten in der Landeshauptstadt Wiesbaden dringend erhebliche Gelder benötigt werden,
- dass die Rathausmehrheit dafür zunehmend die Veräußerung städtischen Eigentums als Finanzierungsquelle betrachtet,
- dass durch den Verkauf der für das Stadtmuseum vorgesehenen Fläche an der Wilhelmstraße die Möglichkeit vergeben wurde, an dieser Stelle ein Stadtmuseum zu errichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb den Magistrat auf ein Planungskonzept zur Entwicklung des ehemaligen Gerichts-Areals und des Umfeldes zu erarbeiten. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen:

1. Realisierung des Projektes Stadtmuseum mit Stadtarchiv
2. Schaffung einer Gedenkstätte am Hinrichtungsplatz des ehem. Gefängnisses
3. Errichtung einer Kindertagesstätte
4. Errichtung von Veranstaltungsräumlichkeiten
5. Errichtung von Wohnraum
6. Erhalt des denkmalgeschützten „Beamtenhauses“
7. Integration Hochschule RheinMain
8. Nutzung durch städtische Ämter und Landesbehörden
9. Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung

All diese Vorschläge sollten im Gesamtzusammenhang mit dem Gesamtbereich „Altes Gericht/Moritzstraße/Oranienstraße“ betrachtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung sieht die Finanzierung dieser Vorschläge als gegeben an, da bekanntlich Mittel für die o. g. Vorschläge bzw. Vorhaben bereit stehen:

1. die Investitionsmittel für das Projekt Stadtmuseum
2. die der EBS zugesagten Mittel für die Sanierung der Gebäude
3. die der EBS zugesagten Mittel für Neubauten
4. die bereit gestellten Mittel für den Bau einer Anwohner Tiefgarage
5. die Mittel für die avisierte Finanzierung der Schaffung von Wohnraum in Wiesbaden.

8. 13-F-05-0005

Alternativen zur Stadtbahn prüfen und Transparenz schaffen
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 17.04.2013 -

Seit Dezember 2012 liegt der Verwaltung das beauftragte Gutachten von Schüssler-Plan vor. Die Öffentlichkeit erreichen jedoch trotzdem nur ausgewählte Informationen, die vonseiten der Verwaltung an die lokale Presse weitergereicht werden. Dies verhindert eine angemessene Auseinandersetzung der Wiesbadener Bürger mit dem Großprojekt, vor allem vor dem Hintergrund, dass bereits auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung im Mai eine Entscheidung getroffen werden soll.

Bis heute sind keine Alternativen zur Stadtbahn geprüft worden. Dies ist angesichts des Kostenumfanges von mehr als 160 Millionen Euro im ersten Bauabschnitt grob fahrlässig. Anstatt sich auf den Bau einer Stadtbahn zu versteifen, muss der Magistrat aufzeigen, welche anderen Möglichkeiten es zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Wiesbadener ÖPNV gibt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat möge berichten, wie er gedenkt die Öffentlichkeit im Vorfeld der Entscheidung zur Stadtbahn angemessen zu beteiligen, wenn der Grundsatzbeschluss bereits im Mai getroffen werden soll.
2. Der Magistrat wird
 - a. aufgefordert, das vorliegende Gutachten von Schüssler-Plan und PTV sofort der Öffentlichkeit und insbesondere den betroffenen Ortsbeiräten zur Verfügung zu stellen.
 - b. gebeten zu berichten,
 - i. wann Sonderwünsche (z.B. nach einer oberleitungsfreien Innenstadt) in die Kosten-Nutzen-Rechnung miteinbezogen werden.
 - ii. welche Zusatzkosten durch diese Sonderwünsche entstehen würden.

- iii. ob diese von Bund und Land kofinanziert werden würden.
- c. aufgefordert, umgehend Alternativen zur Entwicklung des ÖPNV in Wiesbaden zu prüfen, darunter
 - i. den Einsatz von Elektrobussen
 - ii. Verbesserung des Wiesbadener Bussystems durch Taktverkürzungen, die Optimierung von Busspuren und den vermehrten Einsatz von Gelenkbussen

ANLAGE

9. 13-F-09-0003

Beleuchtung für öffentliche Gebäude - energiesparende und umweltfreundliche Alternativen zu Leuchtstoffröhren
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 14.05.2013 -

Von der neu eingeführten Umweltzone abgesehen hat sich die Stadtverordnetenversammlung bisher im Rahmen der selbst gesteckten „Klimaschutzziele 20/20/20“ bisher vor allem verstärkt auf die Energieerzeugung konzentriert.

In einem ganzheitlichen Konzept ist aber auch die Reduzierung des Stromverbrauchs ein wesentlicher Baustein, um Wiesbadens Ökobilanz zu verbessern.

Alternative Beleuchtungsmittel, wie z. B. LED-Röhren sind zurzeit laut mehreren Studien die effektivste Alternative zu den herkömmlichen Leuchtstoffröhren, um Energie einzusparen. Mit identischer Leuchtwirkung sparen sie enorme Energiekosten und schonen Ressourcen bei der Herstellung, Nutzung, Lebensdauer und Entsorgung gegenüber konventionellen Leuchtstoffröhren.

Zusätzlich besteht für den Einbau der LED-Lampen unter anderem die Möglichkeit der Förderung durch das Bundesumweltministerium nach der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative“.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu berichten, welche Planungen und Umrüstungen bereits für eine umweltgerechtere Beleuchtung in den öffentlichen Gebäuden der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgeführt wurden oder geplant sind.
2. Zu prüfen, für welche öffentlichen Gebäude der Stadt Wiesbaden eine Umrüstung auf LED-Beleuchtung in Frage kommt und auf Grundlage der Ergebnisse die Faktoren der Kosten, Amortisationszeit, Einsparungen der ersten 10 Jahre, sowie die Auswirkungen auf die Klimaziele 20/20/20 zu prüfen und bei positiven Prüfungsergebnissen in den Geschäftsgang zu bringen.
3. Zu prüfen, welche Erfahrungen mit LED-Leuchtmitteln in anderen Städten und Stadtverwaltungen wie z.B. Düsseldorf und Villingen Schwenningen hinsichtlich Akzeptanz, Energieeffizienz, Unterhaltungsaufwand und erwarteter Amortisationszeiten gemacht wurden.
4. Zu prüfen, welche Fördermittel für eine entsprechende Umrüstung von Land und/oder Bund in Anspruch genommen werden können.
5. Zu prüfen, welche Einflussmöglichkeiten, wie z. B. das Projekt „Ökoprofit“ auf die Gebäude der Landesverwaltung möglich sind um Wiesbaden hier als Gesamtstadt eine ökologische Vorreiterrolle zukommen zu lassen.

10. 13-F-40-0002

Wiederwahl der hauptamtlichen Beigeordneten Rose-Lore Scholz
- Antrag der Stadtverordneten Monika Mucha und Hans-Joachim Hasemann-Trutzel vom
14.05.2013

In ihrer Sitzung vom 25. April 2013 hat die Stadtverordnetenversammlung einem Antrag auf Wiederwahl der hauptamtlichen Beigeordneten Rose-Lore Scholz unter Hinweis auf das Verständnis des § 39 a I 2 HGO - Wählbarkeitsalter - durch die Kommunalaufsicht nicht entsprochen.

Mit Schriftsatz vom 30. April 2013 hat Frau Stadträtin Rose-Lore Scholz das Verwaltungsgericht Wiesbaden angerufen, um die durch § 39 a I 2 HGO hervorgerufene Altersdiskriminierung prüfen zu lassen.

Nach Maßgabe der im Wiesbadener Kurier vom 11. Mai 2013 wiedergegebenen Aussage der Pressesprecherin ist mit einer Entscheidung der angerufenen Kammer im Mai zu rechnen. Dem Verwaltungsgericht Wiesbaden ist bekannt, dass ausschließlich die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Mai 2013 noch innerhalb der Wiederwahlzeit terminiert ist.

Es ist dementsprechend angezeigt - vorsorglich für den Fall einer rechtzeitigen positiven Entscheidung - die Wiederwahl in der heutigen Sitzung vorzusehen.

Nach Maßgabe der noch geltenden Rechtslage für Wahlbeamte - § 211 Absatz 5 Hessischen Beamtengesetzes (HBG) - ist vorgesehen, dass Wahlbeamte mit der Vollendung des 65. Lebensjahres aus dem Dienst ausscheiden. Es ist der Stadtverordnetenversammlung jedoch durch dieses Gesetz gestattet, die Dienstzeit einer hauptamtlichen Beigeordneten bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres zu verlängern. Hierüber ist gesondert geheim abzustimmen.

Es wird dem entsprechend beantragt:

- I.1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt in ihrer heutigen Sitzung gemäß § 40 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) eine Wiederwahl der hauptamtlichen beigeordneten Rose-Lore Scholz vor.
- I.2. Die Wiederwahl von Frau Stadträtin Rose-Lore Scholz wird gem. § 40 i.V.m. § 55 HGO für eine weitere Amtszeit von sechs Jahren durchgeführt.
- I.3. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt gem. § 211 Absatz 5 des Hessischen Beamtengesetzes der Fortführung des Amtes als hauptamtliche Beigeordnete durch Rose-Lore Scholz über das 64. Lebensjahr hinaus zu.

11. 13-F-04-0001

Behindertenparkplätze
- Antrag Die Republikaner (fraktionslos) vom 15.05.2013 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten die Anzahl der Behindertenparkplätze in der Innenstadt zu erhöhen.

Die LH Wiesbaden sollte sich doch als behindertengerechte und seniorenfreundliche Stadt darstellen. Dazu gehören auch ausreichende Parkplätze für Personen mit dem Ausweis "aG", im Hinblick auf ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am öffentlichen Leben. Laut Mitteilung des OB gibt es zwar ca. 200 solche Parkplätze, aber leider im Herzen der Stadt zu wenige. z.B. im gesamten Bereich um das Dern'sche Gelände befindet sich keine Parkgelegenheit für Behinderte, statt dessen entlang der Musikhochschule eine Menge Plätze für Taxifahrer, die meist unbenutzt bleiben. Die wenigen Behindertenparkplätze in der Neugasse sind meist von Auswärtigen belegt. Leider werden die Behindertenparkplätze auch zu selten im Hinblick auf Fehlbelegungen kontrolliert.

Selbst bei der precären Parkplatzsituation in der Innenstadt sollten Behinderte etwas mehr Raum erhalten. Leider ist auch in der Umgebung des Kurhauses und Kurparks kein Platz für Behinderte. Die früheren Plätze vor dem Eingang zum Kurpark wurden wieder für Taxen umgewandelt.

Der demographischen Entwicklung zufolge wäre es angebracht dieser Verantwortung zu tragen, indem durch ein vermehrtes Angebot an entspr. Parkplätzen eine Teilnahme am öffentlichen Leben für diesen Personenkreis ermöglicht wird.

12. 13-F-08-0017

Einrichtung eines Akteneinsichtnahmeausschusses in der Angelegenheit "Zuschussvertrag zwischen der LH Wiesbaden und der European Business School"
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 30.01.2013 -

ANLAGE

13. 13-S-00-0004

Wahl von Vertrauenspersonen für die Schöffenwahlausschüsse

14. 13-F-05-0006

Bürgerbeteiligung Rhein-Main-Hallen
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 17.04.2013 -

Nach langem Zögern und Zaudern der Koalition befinden sich die neuen Rhein-Main-Hallen auf einem guten Weg. Die jüngste Bürgerbefragung konnte jedoch nicht die erhofften Ergebnisse liefern, da die angerufenen Wiesbadener Bürger oft nicht ausreichend informiert waren, um sich über die einzelnen Entwürfe äußern zu können. Damit lässt sich laut Emnid „eine gewisse Zufallskomponente beim Ranking nicht ausschließen“. Auch die Vor-Ort-Befragung lässt wenige Rückschlüsse zu, da der Pool der Befragten nicht annähernd repräsentativ war.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt, dass mit dem Neubau der Rhein-Main-Hallen ein architektonisch ansprechendes Gebäude geschaffen werden soll, welches auch in der Funktionalität höchste Ansprüche erfüllt.

2. Der Magistrat möge daher berichten,
 - a. welche Konsequenzen der Magistrat aus den Ergebnissen der Meinungsumfrage zieht, insbesondere aus der Ablehnung des ursprünglichen Siegerentwurfs.
 - b. wie der weitere Zeitplan aussieht.

15. 13-F-09-0004

Gegen "Schrottimmobilien" in Wiesbaden vorgehen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 14.05.2013 -

Der Bundestag hat Änderungen am Baugesetzbuch sowie der Baunutzungsverordnung verabschiedet. Mit der Neuregelung soll die Innenentwicklung in den Städten gestärkt werden. Durch eine der Änderungen können die Kommunen künftig wirkungsvoller gegen Eigentümer von leer stehenden, verwahrlosten Gebäuden vorgehen. Ganz konkret besteht folglich nun die Möglichkeit für die Stadt Wiesbaden, Eigentümer an Abrisskosten zu beteiligen. Aus städtebaulicher Sicht hat die Stadt mit dieser Neuregelung nicht nur mehr Einflussmöglichkeiten, sondern auch mehr Verantwortung im Umgang mit Immobilien mit großem Sanierungsstau.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Zu berichten, ob diese Gesetzesänderungen in den Planungen für zukünftige Maßnahmen des zuständigen Dezernats bereits berücksichtigt wurden und

falls ja, zu berichten, welche konkreten Immobilien davon betroffen sind und welche städtebaulichen Möglichkeiten sich daraus ergeben und
2. falls nein, zu prüfen, welche Immobilien durch diese Neuregelung betroffen sind und einen Überblick zu geben, wo dringender Handlungsbedarf besteht.

16. 13-F-03-0061

Nachtflugverbot am Airfield Erbenheim
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.05.2013 -

Die in Wiesbaden stationierten US-Streitkräfte absolvieren in den Monaten Mai bis August Übungsflüge bis nach Mitternacht. Insbesondere nächtlicher Fluglärm ist gesundheitsschädlich. Die Wiesbadener Bevölkerung muss vor diesen Risiken geschützt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich alle möglichen Schritte (z.B. durch vertragliche Vereinbarung) zu unternehmen, um auf die US-amerikanischen Streitkräfte einzuwirken, am Airfield Erbenheim ein Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 6:00 Uhr einzuhalten.

17. 13-F-03-0059

Tauschgeschäft Wäschbachau - Seniorenresidenz Danziger Straße: Wann folgt der "Riesenschritt für die Mainzer Straße"?
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.05.2013 -

Wie am 22.8.2007 in der Tagespresse berichtet, fand zur Realisierung der Seniorenresidenz in der Danziger Straße ein Grundstückstausch mit Flächen in der Wäschbachau statt. Der Oberbürgermeister Dr. Müller wird mit dem folgenden Satz zitiert: „Es ist ein Riesenschritt für die Mainzer Straße und für Sonnenberg“.

Während sich die Seniorenresidenz in der Danziger Straße durch attraktive Ausgestaltung bereits guten Zuspruch sichert, dümpelt das Entree Wiesbadens an der Mainzer Straße immer noch wie bereits 2007 unverändert vor sich hin.

Dem Thema Stadteingänge Wiesbadens und deren Entwicklungspotential widmete sich im weiteren Zeitverlauf eine umfangreiche Arbeit, die im Februar 2012 unter großer Resonanz beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt wurde (vgl. auch www.wiesbaden.de...stadteingaenge.php).

In o.g. Broschüre steht (S.102): „Das Wäschbachtal bietet trotz der gegenwärtigen Mängel ein enormes Potenzial zur Aufwertung. Es bietet sich die Gestaltung eines landschaftlich geprägten Vorplatzes vor dem Stadteingang an.“ Und weiter (S.104): „Das Wäschbachtal fungiert als grüne Vorzone, welche auf das Erlebnis des Eintretens vorbereitet.“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) den Grünzug Wäschbachau herzustellen, nachdem bereits im Jahre 2007 die vertraglichen Voraussetzungen dafür geschaffen wurden und wie dies im selben Jahr durch Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller über die Presse kommuniziert wurde.
- 2) zu berichten,
 - a) ob der Grundstückstausch so stattgefunden hat und damit alle verbundenen Verpflichtungen im Detail so vertraglich festgehalten wurden, wie es in der Tagespresse am 22.8.2007 kommuniziert wurde.
 - b) wann welche Verhandlungen mit den noch in der Wäschbachau angesiedelten Gewerbebetrieben stattgefunden haben und zu welchem Ergebnis diese geführt haben.
 - c) ob, wann und welche der bereits 2007 verfallenen Gebäude in der Wäschbachau bereits abgerissen und diese Flächen entsiegelt wurden.
 - d) wann mit einer kompletten Herstellung des Grünzugs Wäschbachau zu rechnen ist.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **12-V-36-0024** **DL 10/13-1**
Abtrennung von Wellritz- und Kesselbach von der Mischkanalisation 2. Bauabschnitt -
Herstellung der offenen Gerinne und Ertüchtigung der Spülleitung

2. **12-V-67-0006** **DL 01/13-8**
Eröffnung des Bestattungswaldes und neue Grabarten auf den Friedhöfen der Landeshauptstadt
Wiesbaden

3. **13-V-02-0004** **DL 09/13-2**
Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Charta zur Betreuung schwerstkranker und
sterbender Menschen (Abk. Charta)

4. **13-V-04-0003** **DL 10/13-3**
Stellungnahme zum Regionalen Nahverkehrsplan der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

5. **13-V-07-0002** **DL 11/13-1**
Zusätzliche Ordnungskräfte im Rahmen eines Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes

6. **13-V-14-0001** **DL 14/13-1, 12/13-1**
Externe Unterstützung bei der Jahresabschlussprüfung 2011

7. **13-V-16-0001** **DL 14/13-2, 12/13-2**
Bestimmung von Verwaltungsbeamtinnen oder Verwaltungsbeamten als Beisitzerin oder
Beisitzer für den Schöffenwahlausschuss

8. **13-V-20-0004** **DL 09/13-4**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30. September 2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
9. **13-V-20-0005** **DL 09/13-5**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
10. **13-V-20-0006** **DL 09/13-6**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
11. **13-V-20-0009** **DL 09/13-7**
Sponsoring der städtischen Gesellschaften
12. **13-V-20-0013** **DL 09/13-8**
Beteiligungsbericht 2011 - Nachtrag zum HSK-Konzern
13. **13-V-31-0001** **DL 14/13-4, 12/13-4**
Bußgeldkatalog für die Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden
14. **13-V-36-0011** **DL 15/13-2, 13/13-1**
Förderprogramm "Energieeffizient Sanieren" der Landeshauptstadt Wiesbaden
15. **13-V-40-0003** **DL 14/13-5, 12/13-5**
Projekt Ausbau Grundschulkindbetreuung - Standorte Prioritätenliste 2013
16. **13-V-40-0004** **DL 14/13-6, 12/13-6**

Projekt Ausbau Grundschulkinderbetreuung Pilotstandort Grundschule Bierstadt

17. **13-V-40-0009** **DL 14/13-7, 12/13-7**
Grundschule Bierstadt; Inklusion und Bauunterhaltungsmaßnahmen
ANLAGE
18. **13-V-40-0013** **DL 09/13-10**
Medienentwicklungsplan für die Wiesbadener Schulen für einen Planungszeitraum von vier Jahren
19. **13-V-40-0014** **DL 14/13-8, 12/13-8**
Erfahrungsbericht zum Energiesparmodell EmMi (Emissions-Minderung an Wiesbadener Schulen)
20. **13-V-41-0002** **DL 14/13-9, 12/13-9**
Ausstattung für die Stadtbibliothek in der Mauritiusgalerie; Ausführungsvorlage
21. **13-V-41-0003** **DL 09/13-11**
Endgültiger Abschluss Internationale Maifestspiele 2012
22. **13-V-41-0011** **DL 14/13-10, 12/13-10**
Hess. Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2012 und Budget 2013
23. **13-V-51-0010** **DL 09/13-13**
Wohnungsbauprogramm 2013 Kontingentsanmeldung_01
24. **13-V-52-0003** **DL 10/13-5**

Grundsatzvorlage: Umbau und Erweiterung der Mehrzweckhalle in Auringen

25. **13-V-52-0005** **DL 09/13-14**

Neubau eines Kunstrasens und leichtathletischer Anlagen für den Schulsport auf der Nordwestsportanlage

26. **13-V-52-0007** **DL 10/13-6**

Novellierung Sportentwicklungsplan; Verabschiedung der Endfassung

27. **13-V-52-0008** **DL 14/13-11, 12/13-11**

Platz der Deutschen Einheit - Umstellung der Sporthallenbeleuchtung von konventioneller Beleuchtung auf LED

28. **13-V-63-0002**

Neubau 120 Wohnungen, Arztpraxis, Büros (Gewerberäume), eines Ladens (Nahversorgung) sowie 3 Tiefgaragen mit 149 Stellplätzen, Dantestr. 1-35, G.-Stresemann-Ring 10, Viktoriastr. 24

ANLAGE

29. **13-V-63-0003** **DL 15/13-3**

Wiesbaden-Biebrich, Äppelallee, Flur 5, Flurstück 217/2, Veränderte Ausführung des XXXL Möbelhauses

30. **13-V-66-0201** **DL 14/13-14, 12/13-14**

Ernst-Göbel-Straße - Schulwegsicherung Wiesbaden-Kloppenheim

31. **13-V-66-0207** **DL 14/13-15, 12/13-15**

Am Wasserturm / Nordenstädter Straße in Wiesbaden-Igstadt - Gehwegverbreiterung

- | | | |
|------------|--|------------------------------|
| 32. | 13-V-66-0210 | DL 14/13-16, 12/13-16 |
| | Hans-Römer-Platz in Schierstein - Neugestaltung | |
| 33. | 13-V-66-0216 | DL 15/13-4 |
| | Haltestellenumbau Wilhelm-Leuschner-Straße | |
| 34. | 13-V-66-0217 | DL 09/13-16 |
| | Erarbeitung eines Radverkehrsplanes | |
| 35. | 13-V-66-0224 | DL 10/13-8 |
| | Parkgebührenordnung - Bericht über die Wirkung der Gebührenerhöhung | |
| 36. | 13-V-66-0301 | DL 10/13-9 |
| | Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2013 | |
| 37. | 13-V-66-0303 | DL 10/13-10 |
| | Brückenbauwerk über den Rambach im Zuge der Danziger Straße | |
| 38. | 13-V-80-8003 | DL 10/13-11 |
| | Lernwerkstatt 2013-2015 | |
| 39. | 13-V-80-8007 | DL 10/13-12 |
| | Personelle Unterstützung in Projekten der Abteilung Beschäftigungsförderung bei III/80 bis Ende 2015 | |

Tagesordnung III

1. **12-V-61-0007** **DL 09/13-1**
Bebauungsplan "Hermannsberg / Simmler" im Ortsbezirk Frauenstein - Beschluss über die Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 16.02.2006 Nr. 0070 - Erneuter Satzungsbeschluss

2. **12-V-61-0037** **DL 10/13-2**
Bebauungsplan "Danziger Straße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Beschluss über die erneute Auslegung -

3. **12-V-61-0051** **DL 15/13-1**
Bebauungsplan "Freiburger Straße" im Ortsbezirk Delkenheim - Aufstellungs- und Offenlagebeschluss -

4. **13-V-30-0003** **DL 09/13-9**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden X (Wiesbaden-Naurod/Auringen)

5. **13-V-30-0004** **DL 14/13-3, 12/13-3**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

6. **13-V-51-0003** **DL 09/13-12**
Nachwahl von stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedern in den Jugendhilfeausschuss

7. **13-V-61-0004** **DL 14/13-12, 12/13-12**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Karl-Arnold-Straße" im Ortsbezirk Dotzheim
- Satzungsbeschluss -

ANLAGE

8. 13-V-61-0005 DL 11/13-2

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Kureck-Cansteinsberg" im Ortsbezirk Nordost -
Satzungsbeschluss -

ANLAGE

9. 13-V-61-0008 DL 09/13-15

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Aarstraße" im Ortsbezirk Nordost in
Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
- Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

10. 13-V-61-0015 DL 14/13-13, 12/13-13

Bebauungsplan "Bürgerhaus Medenbach" im Ortsbezirk Medenbach
- Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

**Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen,
Wirtschaft und Beschäftigung statt:**

11. 13-V-61-0011 DL 13/13-2, 10/13-7

Grünbereich Mathildenhof in Mainz-Kostheim

Tagesordnung IV

1. 12-V-04-0010 DL 09/13-1 NÖ

Konzept dauerhafte Nutzung der Walkmühle

ANLAGE

2. 13-V-20-0016 DL 09/13-2 NÖ

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2012

3. **13-V-20-0021** **DL 09/13-3 NÖ**
Bürgerschaft
4. **13-V-20-0029** **DL 14/13-1 NÖ, 12/13-1 NÖ**
Bürgerschaft
5. **13-V-36-0012** **DL 14/13-2 NÖ, 12/13-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden am 28.02.2013
6. **13-V-80-2301** **DL 09/13-4 NÖ**
Abgabe einer Rangrücktrittserklärung

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher